

Gastbeitrag zur Kolumne von Cédric Wermuth über die Staatsschulden

Schuld sind nicht «die Reichen»



VON REINER
EICHENBERGER*

■ **OFT WIRD BEHAUPTET**, an der Schuldenkrise seien die Reichen schuld. Ihre Vermögen seien ein Spiegelbild der Staatsschulden. Ihre

überrissenen Zins-einnahmen gingen einher mit einer gigantischen Umverteilung von Arm zu Reich. Deshalb sollten die Staatsschulden durch eine drastische Besteuerung der Reichen abbezahlt werden. Diese Sicht vertritt in dieser Rubrik kürzlich auch Nationalrat Cédric Wermuth. Sie ist falsch.

WENN DIE REICHEN an den Schulden ihrer eigenen Länder schuld wären, müssten ihre Vermögen in den hoch verschuldeten Staaten höher als anderswo sein. Das trifft nicht zu. Wenn die Reichen ganz allgemein an den Staatsschulden schuld wären, müssten die Schulden überall ähnlich hoch sein. Auch das trifft nicht zu. Die unterschiedlich hohen Schulden sind vielmehr eine Folge der unverantwortlichen Haushaltspolitik vieler Regierungen. Diese wiederum ist eine Folge schlechter politischer Institutionen – übermässiger Zentralisierung, von zu wenig Machtteilung zwischen

Die Staatsschulden sind Folge der unverantwortlichen Haushaltspolitik.

Exekutive und Legislative, zu wenig Volkskontrolle, zu umständlichen Rechtssystemen, unsicheren Eigentumsrechten und so fort.

DIE STAATSSCHULDEN sind auch nicht, wie behauptet, grossenteils in der Hand der Reichen, sondern von institutionellen Anlegern wie Pensionskassen, Versicherungen, Geschäfts- und Nationalbanken. Zudem haben die privaten Gläubiger Grie-

chenland längst einen Schulden-nachlass von 70 Prozent gewährt, nicht aber die Europäische Zentralbank, die einen Grossteil der von ihr gehaltenen Schuldenpapiere weit unter dem Nominalwert gekauft hat. Wenn schon müsste man also nicht auf die Reichen, sondern auf die Europäische Zentralbank zielen.

DIE STEREOTYPE LEIER von der zunehmend ungleichen Vermögensverteilung krankt daran, dass der Hauptteil des Vermögens der Normalbürger, ihre Pensionskassenvermögen und selbst genutzte Liegenschaften, nicht oder nur weit unter dem wahren Wert berücksichtigt wird. Schliesslich muss der Vorschlag, die Reichen zur Begleichung der Staatsschulden höher zu besteuern, differenziert betrachtet werden. Tatsächlich ist die reale Besteuerung der Reichen in vielen Schuldenländern eher tief. Das liegt aber nicht daran, dass die Steuersätze zu tief sind. Vielmehr sind sie heute schon so hoch, dass sie allzu oft legal und illegal umgangen werden und dass Steuererhöhungen bestenfalls kurzfristig mehr Steuereinnahmen bringen, langfristig aber zu weniger Leistungsbereitschaft, mehr Steuervermeidung sowie mehr Schattenwirtschaft und damit zu weniger Steuereinnahmen führen. Deshalb braucht es nicht höhere Steuersätze, sondern eine Vereinfachung der Systeme, weniger Abzüge und Sonderregelungen, eher tiefere Steuersätze und eine wirkungsvolle Durchsetzung dieser Steuern.

SCHLIESSLICH IST ES völlig unsinnig, aufgrund der Schuldenkrise eine höhere Besteuerung in der Schweiz zu fordern. Zum einen hat die Schweiz nichts mit der Misswirtschaft in den Schuldenländern zu tun. Zum anderen hat sie heute schon eine der höchsten Steuerbelastungen für Gutverdienende relativ zu Durchschnittsverdienenden. Denn erstens hat die Schweiz das progressivste Steuersystem Europas. Während die Steuersätze für Durch-

schnittsverdiener weit tiefer als in den meisten EU-Ländern sind, sind die Spitzensteuersätze in vielen Kantonen praktisch europäischer Durchschnitt oder sogar höher, insbesondere wenn berücksichtigt wird, dass für hohe Einkommen die AHV-Beiträge nichts anderes als Steuern sind. Anders als in anderen Ländern müssen sie auch auf hohen Einkom-

Viele Kantone haben eine hohe Besteuerung persönlicher Vermögen.

mensteilen bezahlt werden, obwohl die Leistungen nach oben begrenzt sind. Zweitens haben viele Kantone eine aussergewöhnlich hohe Besteuerung der persönlichen Vermögen von bis fast 1 Prozent. Ähnliche hohe Vermögenssteuern gibt es im OECD-Raum nur noch in Norwegen und in Frankreich. Hingegen erheben die immer wieder als besonders sozial gepriesenen Schweden und Dänemark oder auch Deutschland und Österreich keine Vermögenssteuern. Zugleich werden in diesen Ländern auch die Vermögenserträge deutlich tiefer besteuert, weil sie dort anders als in der Schweiz nur einem weit tieferen Satz als Arbeitseinkommen unterliegen.

WER ERNSTHAFT etwas zugunsten einer ausgeglichenen Einkommens- und Vermögensverteilung tun will, sollte nicht alten ideologischen Wein in alten Schläuchen liefern. Fruchtbar wären Vorschläge, die auf die realen politischen und ökonomischen Zusammenhänge zielen. Beispielsweise könnte man dafür kämpfen, dass unser Steuer- und Sozialsystem den Ärmeren endlich bessere Anreize und Möglichkeiten gibt, selbst ein Vermögen anzusparen.

* Prof. Dr. Reiner Eichenberger (51) ist ordentlicher Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.